

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
4. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 23.02.2010 um 17:00 Uhr
im Bürgerhaus Gruitzen

Beginn:
17:00

Ende:
20:57

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann bis TOP 18
Stv. Peter Bartz
Stv. Mantoy Becker
Stv. Harald Giebels
Stv. Wolfgang Goeken
Stv. Marlies Goetze bis TOP 19
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Meike Lukat
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Brigitte Taschke
Stv. Andreas Wasgien

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr ab TOP 14.4
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Michael Petersen
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Michael Schneider
Stv. Bernd Stracke bis TOP 19
Stv. Heinrich Wolfsperger
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel
Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert
Stv. Patrick Sobbe

Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder
Stv. Karl-Hermann Käpernick

Die Linke

Stv. Michael Henchoz
Stv. Klaus Negro

bis TOP 16

Verwaltung

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld
Frau Ute Eden
Beigeordnete/r Dagmar Formella
Herr Michael Rennert
Frau Katja Sann
Herr Carsten Schlipköter
Herr Wilhelm Terhardt
Herr Klaus-Jürgen Vogt
Herr Wolfgang Voos

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 4. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

1.1. Bürgerantrag: Alternative Innenstadtentwicklung / Vorlage: 10/041/2009

Protokoll:

Bgm. vom Bover verweist auf die Tischvorlage der Verwaltung und schlägt aufgrund der fehlenden Dringlichkeit eine Entscheidung in der nächsten Sitzung des Rates vor. Der Zusatzantrag der Links-Fraktion könne im PIUA beraten werden.

Hierzu besteht allgemeines Einvernehmen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Entscheidung über den Bürgerantrag wird aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes in der nächsten Sitzung des Rates getroffen."

2./ Wiederwahl des Technischen Beigeordneten Vorlage: BM/001/2010

Protokoll:

Bgm. vom Bover weist daraufhin, dass eine Aussprache über diesen TOP nur in nicht-öffentlicher Sitzung erfolgen könne. Dazu müsste dann vorübergehend die Öff-

fentlichkeit ausgeschlossen werden, um zur Wahlhandlung wiederhergestellt zu werden.

Eine Aussprache wird nicht gewünscht.

Bgm. vom Bover beantragt geheime Abstimmung und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Wahlhandlung.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja- und 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

"Herr Matthias Buckesfeld wird **nicht** für die Zeit vom 1.7.2010 – 30.6.2018 als Technischer Beigeordneter wiedergewählt."

(**Bgo. Formella** hat weder an Beratung noch Abstimmung teilgenommen)

3./ Beschluss über die Jahresrechnung 2008 und die Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 20/005/2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die vom Rechnungsprüfungsausschuss am 19.01.2010 geprüfte Jahresrechnung 2008 der Stadt Haan wird beschlossen. Dem Bürgermeister wird für die Haushaltsführung 2008 Entlastung erteilt."

4./ Auflösung des Zweckverbandes Wildgehege Neandertal und Abschluss einer Vereinbarung zur Bestandssicherung des Wildgeheges
Vorlage: 60/006/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Der Auflösung des Zweckverbandes Wildgehege Neandertal wird zugestimmt. Zur Bestandssicherung des Wildgeheges schließt die Stadt Haan mit den anderen kommunalen Vertragspartnern eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung."

5./ Einführung eines nachhaltigen Flächenmanagementsystems
hier: Beschluss des Handlungsprogramms und Flächenberichts
Vorlage: 61/010/2010

Protokoll:

Stv. Ruppert kündigt die Enthaltung der FDP-Fraktion zu einem Teil dieses Tagesordnungspunktes an. Wie zuvor in PIUA und HFA erläutert, sieht die FDP-Fraktion das Handlungsprogramm als zu umfangreich an und wird ihm nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.) 34 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen

zu 2.) einstimmig

Beschluss:

- "1. Dem Handlungsprogramm in der Fassung vom 01.12.2009 wird zugestimmt.
2. Dem Flächenbericht in der Fassung vom 30.12.2009 wird zugestimmt."

6./ Kindergartenbedarfsplanung 2010/2011 Vorlage: 51/009/2010

Protokoll:

Stv. Sack fasst kurz die Beratungsergebnisse aus JHA und HFA zusammen und bittet um Einstimmigkeit.

Stv. Klaus fragt, ob die Verwaltung die beim Land erhältlichen Fördermittel für die U 3-Betreuung beantragt habe.

Bgo. Formella bestätigt, dass die Verwaltung die Fördermittel entsprechend abgerufen habe. Die Bearbeitung durch den Landschaftsverband sei in der Regel mit längeren Bearbeitungszeiten auf Grund der dort vorhandenen Personalressourcen verbunden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"1. Für das Kindergartenjahr 2010/2011 (01.08.2010 –31.07.2011) wird als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 21 Abs. 1 Kinderbildungsgesetz beschlossen, die in Anlage 1 aufgeführten Gruppen und Betreuungsplätze zu bilden.

2. Zur Erreichung des U 3-Ausbauziels wird die Verwaltung beauftragt, mit allen Trägern der Kindertageseinrichtungen über Erweiterungs- und Ausbaumöglichkeiten in Verhandlungen zu treten. Im Sommer 2010 ist über den Fortschritt der Verhandlungen im Jugendhilfeausschuss zu berichten."

7./ Leitbild für die Stadt Haan Vorlage: SKA/002/2010

Protokoll:

Bgm. vom Bover empfiehlt, den Arbeitskreis Strategie mit dieser Thematik zu betrauen.

Stv. Pohler ist gegen ein weiteres Verlieren von Zeit und möchte die einzelnen Themenbereiche den Fachausschüssen zur Beratung zuweisen.

Stv. Lemke erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden und bittet die Einbringung in die Fachausschüsse mit den Ausschuss-Sprechern der Fraktionen abzustimmen.

Stv. Dr. Gräßler möchte wissen, bis wann dies geschehen werde und ob dies für die Tagesordnung des kommenden Schul- und Sportausschusses schon relevant sei.

Bgo. Formella führt aus, eine komplette Vorbereitung der Verwaltung hierauf sei sicher nicht möglich, eine Berücksichtigung auf der TO schon.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Verwaltung sorgt für die Einbringung der einzelnen Themenbereiche in die entsprechenden Fachausschüsse gemäß den Vorschlägen der Verwaltung."

**8./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Öffnung von Verkaufsstellen in Haan-Ost
Vorlage: 23/008/2010**

Protokoll:

Stv. Negro erklärt, grundsätzlich gegen verkaufsoffene Sonntage zu sein und habe zudem keine Dringlichkeit erkennen können.

Abstimmungsergebnis:

40 Ja- und 1 Nein-Stimme

Beschluss:

"Die Dringlichkeitsentscheidung vom 07.01.2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in Haan-Ost wird genehmigt."

9./ Änderung der Ladenschlusszeiten in Haan im Jahr 2010
Vorlage: 23/007/2009

Abstimmungsergebnis:

40 Ja- und 1 Nein-Stimme

Beschluss:

"Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2010 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen."

10./ Vorprüfung der Gültigkeit der Wahl zum Senior(inn)enbeirat der Stadt Haan am 30.08.2009

Protokoll:

Stv. Ruppert erklärt, gegen diesen Beschlussvorschlag zu stimmen. Der Wahlprüfungsausschuss habe die Wahl zum Seniorenbeirat nachträglich als korrekt festgestellt, obwohl der Wahlausschuss Gegenteiliges festgestellt hatte. Er habe eine komplett andere Rechtsauffassung, was das Zustandekommen des Wahlergebnisses zum Seniorenbeirat betreffe. Auch wenn der durch diese Art der Sitzberechnung benachteiligte Kandidat inzwischen keinen Wert mehr auf weitere rechtliche Verfolgung lege, seien im Vorfeld kommender Wahlen klarstellende Bestimmungen notwendig.

Stv. Pohler bittet den Rat, die Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu respektieren. Der Innenminister sei gefordert, hier Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

36 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

Beschluss:

"Es wird festgestellt, dass alle am 30.08.2009 gewählten Vertreter/-innen wählbar waren, weder bei den Vorbereitungen der Wahl noch bei der Wahlhandlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind und die Feststellung des Wahlergebnisses nicht zu beanstanden ist. Die Wahl zum Senior(inn)enbeirat der Stadt Haan am 30.08.2009 wird für gültig erklärt."

**11./ Satzung zur Änderung der Satzung des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan vom 12.11.2008
Vorlage: 51/008/2010**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die in Anlage 1 beigefügte Satzung vom 23.02.2010 zur Änderung der Satzung des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan vom 12.11.2008 wird beschlossen."

**12./ Wahl eines dritten Vertreters eines karitativen Verbandes in den Seniorenbeirat der Stadt Haan
Vorlage: 10/043/2009/2**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

(**Stv. Kohl** hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen)

Beschluss:

"Unter Hinweis auf den Beschluss des Rates vom 15.12.2009 (siehe TOP 11./; Beschluss zu Nr. 1.) wird Frau Marita Bruns nach § 2 Abs. 2 der Satzung des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan als drittes beratendes Mitglied eines karitativen Verbandes gewählt."

**13./ Senior(inn)enbeirat- Mittelbereitstellung u. a.
Vorlage: 51/010/2010**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- "1. Dem Senior(inn)enbeirat wird für Geschäftsaufwendungen mit sofortiger Wirkung 1.000 € zur Verfügung gestellt.
2. Dienstreisen für Mitglieder des Senior(inn)enbeirats innerhalb des Stadtgebietes gelten als genehmigt, für Dienstreisen im Gebiet des Kreises Mettmann ist die Genehmigung der Verwaltung einzuholen. Für andere Dienstreisen ist die Genehmigung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen (analog der Regelung in der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse)."

14./ Anträge der SPD-Fraktion

Protokoll:

Bgm. vom Bover erklärt vorab, dass alle SPD-Anträge nicht fristgerecht nach der Geschäftsordnung des Rates bei der Verwaltung eingegangen seien. Man habe sich seitens der Verwaltung dennoch für eine Einbringung dieser Anträge in die heutige Ratssitzung entschlossen.

14. Antrag SPD-Fraktion: Werkergutachten

1./ Vorlage: 10/028/2010

Protokoll:

Stv. Pohler erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Danach sei das "Werker-Gutachten" noch nicht allen Ratsmitgliedern bekannt. Die Daten sollten so aufbereitet werden, dass man erkennen könne, was bereits abgearbeitet worden sei. Viele Projekte stünden noch aus. Es werde ein Mehrjahresplan ohne neue Messungen oder Gutachten gewünscht. Auch eine Aktualisierung der Preise sei sinnvoll.

Bgo. Buckesfeld sagt zu, die Verwaltung werde ein Zwischenfazit erstellen und in den Fachausschuss geben.

Stv. Lemke bittet die Verwaltung, die transparente Übersicht des Gebäudemanagements zum Stand der Bauprojekte fortzuschreiben.

Stv. Kohl mahnt an, die Haushaltssituation erlaube die Umsetzung vieler Dinge gar nicht.

Bgm. vom Bover sagt zu, dass jedes neue Ratsmitglied ein "Werker-Gutachten" erhalten werde.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Verwaltung wird ein schriftliches Zwischenfazit des Werker-Gutachtens ziehen und die entsprechenden Fachausschüsse mit dessen Beratung beauftragen. Weiterhin werden die benötigten finanziellen Ressourcen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen behandelt."

**14. Antrag SPD-Fraktion: Antrag Mensa Gymnasium Adlerstraße
2./ Vorlage: 10/029/2010**

Protokoll:

Bgo. Formella stellt die Beschlusslage zur Mensa Adlerstr. dar. Danach sei die Einrichtung eines Frühstücksraumes und die Erstellung eines Raumprogrammes beschlossen worden. Dieser Beschluss wurde aber in der Sondersitzung des Sommers im letzten Jahres wegen der Finanzkrise gestoppt.

TA Eden legt dar, die Fläche der Mensa sei provisorisch von 50 qm auf 100 qm verdoppelt worden. Sie bezeichnet dies als den Einstieg in ein zukunftsorientiertes Rahmenprogramm, welches die Nutzung von Synergieeffekten erlaube.

Stv. Pohler empfiehlt die weitere Beratung im Schul- und Sportausschuss. In den kommenden Jahren sei eine Kapazitätssteigerung nötig.

Bgo. Buckesfeld berichtet, dass es hier eine klare Absprache mit der Schulleitung gebe, dass die Lehrkräfte dem Gebäudemanagement mit der Ermittlung ihres – objektiven- Nutzerbedarfs zuarbeiten würden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den kommenden Schul- und Sportausschuss verwiesen."

14. Antrag SPD-Fraktion: Antrag Mensa Schulzentrum Walder Straße
3./ Vorlage: 10/030/2010

Protokoll:

TA Eden berichtet, die Arbeiten zu diesem Projekt befänden sich voll im Zeitplan. Die Ausschreibungsunterlagen seien erstellt, der Kostenrahmen könnte dank des regelmäßigen Controllings des Gebäudemanagements knapp eingehalten werden. Der Beginn der Arbeiten sei wegen der zu erwartenden Lärmbelästigung für den Schulalltag für den Beginn der Sommerferien vorgesehen. Die Mittelfreigabe stehe aber noch aus.

Bgo. Buckesfeld macht deutlich, dass eine Splittung der Maßnahmen im Sinne der Umsetzung des Gesamtprojektes unwirtschaftlich und daher nicht möglich sei. Die Brandschutzmaßnahmen müssten beachtet werden, es sei eine Sollbruchstelle erreicht worden.

Bgo. Formella ergänzt, die Fördermittel für das Land könnten auch erst in 2011 abgerufen werden und kündigt eine Konkretisierung der aktuellen Haushaltssituation für den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung an.

Stv. Pohler erwartet von der Verwaltung eine kurzfristige Lösung, die Baustelle sei ein unhaltbarer Zustand.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den kommenden Schul- und Sportausschuss verwiesen."

14. Antrag SPD-Fraktion: Haushalt 2010
4./ Vorlage: 10/031/2010

Protokoll:

Stv. Pohler erläutert den Antrag seiner Fraktion. Danach hätten nach seiner Kenntnis alle umliegenden Städte ihre Haushaltsberatungen bereits abgeschlossen. Entschei-

dungen, wie sie auch heute auf der Tagesordnung stünden, seien nur schwer zu treffen, wenn die Haushaltslage nur nebulös bekannt sei. Die SPD treibe die Sorge um, dass nicht alle notwendigen Projekte umgesetzt werden könnten.

Stv. Ruppert kann den von der Verwaltung vorgegebenen Termin der Haushaltseinbringung aufgrund dringlicher Sachzwänge akzeptieren.

Bgo. Formella stellt fest, die Fraktionsvorsitzendenrunde über die Gründe im Detail informiert zu haben. Bedenken bzw. Einwände seien der Verwaltung nicht mitgeteilt worden. Die Personalsituation in der Kämmerei sei aufgrund des unerwarteten längerfristigen Ausfalls eines Mitarbeiters schwierig. Ferner sei hier eine Stelle wegen der in 2009 beschlossenen Bewirtschaftungsmaßnahmen vakant. Neben der Aufstellung eines Haushaltsentwurfes seien aktuell Sonderaufgaben wie die GPA-Prüfung der vorläufigen Eröffnungsbilanz zu erledigen. Der Vorwurf der verzögerten Veröffentlichung maßgeblicher Haushaltsdaten greife aber fehl, weil die Haushaltseckdaten den Fraktionsvorsitzenden (Schreiben an den Kreis vom 15.1.2010 betreffend Anzeige bzw. Prüfung der PPP-Projekte) bereits Anfang Januar dieses Jahres zur Kenntnis gegeben worden seien.

Stv. Wollmann vermutet einen Zusammenhang zwischen im Mai anstehender Landtagswahl und später Haushaltsverabschiedung. Sie vermute negative Überraschungen nach dem 9. Mai. Der Ausfall eines Mitarbeiters müsse durch Vertretung aufgefangen werden können.

Stv. Stracke fügt an, die Aufstellung des Haushaltes könne nicht an einer Person hängen. Lt. Gemeindeordnung müsse die Kämmerin den Haushalt aufstellen. Er erkennt hier einen gravierenden Einschnitt in die Rechte des Rates.

Stv. Ruppert bezeichnet die Verschwörungstheorie als absurd, schließlich seien auch alle von der SPD gewünschten Grausamkeiten in den Eckdaten enthalten und den Fraktionen lange bekannt.

Stv. Kohl bekräftigt, der krankheitsbedingt ausgefallene Mitarbeiter habe jahrzehntelang für eine solide und fundierte Aufstellung des Haushaltes gestanden. Er solle die Zeit bekommen, an der Aufstellung mitzuwirken.

Stv. Pohler bemängelt, dass die dem Kreis durch die Verwaltung übermittelten Zahlen und Daten dem Rat nicht zur Kenntnis gebracht worden seien.

Bgo. Formella weist erneut darauf hin, dass die Daten den Fraktionsvorsitzenden vorlägen.

Stv. Drennhaus ergänzt, der krankheitsbedingte Ausfall eines Mitarbeiters müsse aufgefangen werden können. Ein Hinweis der Verwaltung in Richtung Politik bzgl. des personellen Engpasses in der Kämmerei sei darüber hinaus nicht erfolgt.

Bgo. Formella verweist auf die Beratungen in der letzten Fraktionsvorsitzendenrunde, wo eine umfangreiche Information über diesen Sachverhalt erfolgt sei.

Stv. Holberg stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja- und 32 Nein-Stimmen

Beschluss:

"Dem Antrag der SPD-Fraktion wird **nicht** entsprochen."

14. Antrag SPD-Fraktion: Jugendparlament

5./ Vorlage: 10/032/2010

Protokoll:

Stv. Pohler erklärt, das Jugendparlament befinde sich auf einem guten Wege und müsse nun auch Gelegenheit erhalten, regelmäßig über seine Arbeit und deren Ergebnisse im Rat zu berichten.

Stv. Ruppert ist der Ansicht, es sei sachgerechter, die Berichte des Jugendparlamentes im Jugendhilfeausschuss entgegenzunehmen. Von dort könne eine Empfehlung an den Rat verwiesen werden.

Für **Stv. Sack** ist es die entscheidende Frage, wie eine aktive Einbindung des Jugendparlamentes in die Arbeit des Rates möglich sei. Der Beschluss solle so formuliert werden, dass dem Jugendparlament eine regelmäßige Möglichkeit der Berichtsabgabe eingeräumt werde.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Den Vertretern des Jugendparlamentes ist für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses Gelegenheit zu geben, einen Bericht über ihre Arbeit abzugeben."

14. Antrag SPD-Fraktion: Streetworkerin
6./ Vorlage: 10/033/2010

Protokoll:

Bgm. vom Bover berichtet, ein Bericht der Streetworkerin im Jugendhilfeausschuss sei für die März-Sitzung vorgesehen.

In Anbetracht dieses Umstandes besteht Einvernehmen, dass nicht über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt werden müsse.

14. Antrag SPD-Fraktion: Seniorenbeirat
7./ Vorlage: 10/034/2010

Protokoll:

Stv. Pohler macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung 5 Anträge des Seniorenbeirats vorliegen habe und bittet um zeitnahe Bearbeitung.

Stv. Stracke moniert den Umfang der Sitzungsvorlage, die einen Protokollauszug aus dem letzten Sozialausschuss hätte enthalten müssen. Dieser habe die Empfehlung auf Finanzausstattung abgegeben. Er bittet darum, die geänderten Bedingungen der Geschäftsordnung künftig einzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Verwaltung sagt die zeitnahe Bearbeitung der 5 vorliegenden Anträge aus dem Seniorenbeirat zu."

14. Antrag SPD-Fraktion: Schulsozialarbeiterin
8./ Vorlage: 10/035/2010

Protokoll:

Stv. Pohler macht deutlich, dass es sich bei diesem Antrag um die erneute Forderung der SPD-Fraktion handele, diese Stelle auszuschreiben, um diese noch vor den Osterferien besetzen zu können und betont noch einmal die Wichtigkeit dieser Stelle

für das Schulzentrum.

Stv. Sack erklärt, die GAL-Fraktion habe in der Sondersitzung im Sommer gegen die Aufschiebung dieser Stellenbesetzung gestimmt und bittet um den aktuellen Stand der Dinge.

StOVR Terhardt berichtet, die Stelle werde intern kurzfristig mit einer geeigneten Kraft besetzt, eine Ausschreibung sei insofern nicht nötig.

Bgo. Formella weist aber darauf hin, dass diese Personalkosten bislang auf der Basis der bisherigen Ist-Situation nicht eingeplant seien. Die bisherige Personalkosten-erstattung für diese Mitarbeiterin durch die ARGE entfalle. Es entstehe insoweit eine doppelte Personalkosten-Ausgabe.

Stv. Lemke zeigt sich angesichts der unklaren Haushaltssituation überrascht bzgl. der SPD-Haltung in dieser Frage.

Stv. Lukat kritisiert, der Arbeitskreis Personal sei nicht beteiligt worden. Die Einstellung von Schulsozialarbeiter und Energieberater seien wichtig und sparten künftig sicher Kosten an anderer Stelle ein. Dennoch müsse die gesamte Haushaltssituation im Auge behalten werden.

Stv. Pohler meint, der Ratsbeschluss gelte nur bis Ende des Jahres 2009. Schulsozialarbeiter und Energieberater sollten nicht gegeneinander aufgewogen werden.

Stv. Sack bezeichnet den Arbeitskreis Personal als Verschiebe-Bahnhof und möchte heute die positive Entscheidung treffen, die auch von beiden Schulleitern sowohl inhaltlich als auch personell-konkret befürwortet werde.

Stv. Stracke verteidigt die Funktion des Arbeitskreises Personal und benennt u.a. die Neuorganisation des Personalkonzept als dessen Aufgabe. Die Position eines Energieberaters wäre nachhaltig und kostengünstiger anderweitig besetzbar.

Auch **Stv. Ruppert** erkennt eine Zuständigkeit des Arbeitskreises Personal. Der Antrag der SPD-Fraktion sei aber abzulehnen, da die Personalkosten erneut angestiegen seien und eine ganze Reihe neuer Stellen zur Diskussion stehen. Der konkrete Schwachpunkt dieser Stelle liege im fehlenden Konzept für den Schulsozialarbeiter.

Abschließend betont **Stv. Pohler**, die Kooperation der Schulleitungen am Schulzentrum brauche eine entsprechende sachgerechte Unterstützung. Es dürfe nicht am falschen Ende gespart werden.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja- und 8 Nein-Stimmen

Beschluss:

"Die Besetzung der Stelle einer/s Schulsozialarbeiterin / Schulsozialarbeiters am Schulzentrum Walder Straße erfolgt umgehend."

15./ Änderung der Hauptsatzung der Stadt Haan
Vorlage: 10/036/2010

Protokoll:

Stv. Giebels begrüßt die Änderung der Hauptsatzung in diesem Punkt und möchte wissen, ob hiermit auch die Begründung eines Arbeitsverhältnisses zur Stadt abgedeckt sei.

StOVR Terhardt erklärt, die Verwaltung gehe hiervon aus, da die Formulierung aus der Gemeindeordnung übernommen worden sei.

Stv. Pohler fasst zusammen, Einvernehmen bedeute, dass bei der Besetzung von Stellen nach § 73 Gemeindeordnung der Rat grundsätzlich zu beteiligen sei. Dieser wiederum könne seine Entscheidungen mit Zweidrittel-Mehrheit wieder kippen. Die Ausschreibung von Amtsleiterstellen sei nur noch in Abstimmung mit dem Rat möglich.

Stv. Ruppert empfiehlt, die Änderungen und das Gesamtwerk Hauptsatzung in der nächsten Fraktionsvorsitzendenrunde zu thematisieren. Die ganze Bandbreite der Änderungen in der GO könnten gleich einbezogen werden.

Stv. Pohler bittet aus deklaratorischen Gründen den Zusatz § 73 als Klammertext in den Beschlusstext zu integrieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Haan vom 22.01.1992 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.“

16./ Neubesetzung von Ausschüssen

Vorlage: 10/037/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die von der Links-Fraktion vorgeschlagenen Umbesetzungen von Ausschüssen werden entsprechend der Anlage 1 genehmigt."

17./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Wollmann fragt, ob der PIUVA vom 14.4. (Mittwoch) nicht wie gewohnt am Dienstag den 13.4. stattfinden könne.

StOVR Terhardt erläutert, dass für den 13.4. zwischenzeitlich ein HFA terminiert war, der PIUA daher um einen Tag nach hinten verschoben wurde. Nachdem der Termin für den HFA nicht mehr benötigt wird, könne der PIUA hier aber stattfinden.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Stv. Pohler hat gehört, die Fachstelle des Kreises "Frau und Beruf" solle geschlossen werden. Er fragt, seit wann die Verwaltung Kenntnis hiervon habe bzw. welche Maßnahmen seitens der Verwaltung ergriffen worden seien und ob der Rat ggfls. unterstützend tätig werden müsse.

Bgm. vom Bover berichtet, nach seiner Kenntnis beabsichtige der Kreis nicht, die Fachstelle aufzugeben, die Tätigkeiten sollten vielmehr auf verschiedene Stellen verteilt werden.

Stv. Schneider fragt nach den bereits im Jahre 2007 in Auftrag gegebenen bedarfsorientierten Sozialdaten.

Bgo. Formella führt aus, für diese Aufgabe sei keine Stelle eingerichtet worden. Die Besetzung sei mit politischem Beschluss im Rahmen eines befristeten Einjahresvertrages ohne Stelle erfolgt. Die Besetzung sei über eine Zuweisung der ARGE mit Lohnkostenerstattung erfolgt. Es stünden somit aktuell keine Personalressourcen für diese Aufgabe zur Verfügung. Die bis zum Ausscheiden der Mitarbeiterin ermittelten Daten seien in die Arbeitsprozesse eingeflossen.

Stv. Dr. Gräßler möchte wissen, ob es aufgrund des Winterwetters der letzten Wo-

chen zu vermehrten Glatteisunfällen auf städtischen Flächen gekommen sei.

StORR Rennert berichtet, es seien keine signifikanten Meldungen eingegangen.

Stv. Holberg fragt, ob der Ferientermin 25. Mai tatsächlich als doppelter Termin für die Etatberatung gebraucht werde. Er solle zumindest verschoben werden.

Bgo. Formella erklärt, man habe in den letzten Jahren immer zwei HFA-Termine für die Haushaltsberatungen angesetzt und da habe der enge Terminplan keine andere Möglichkeit gegeben. Sollte Einvernehmen bestehen, diese Beratung auch in einer HFA-Sitzung zu schaffen, könne der Termin 25. Mai aus ihrer Sicht ersatzlos gestrichen werden.

Auch hierzu besteht Einvernehmen.

Stv. Drennhaus fragt nach der Existenz einer Gestaltungssatzung für Einzelhandelsgeschäfte. Konkret gehe es ihm um die aggressiv-auffällige Werbung und Einrichtung des Schaufensters des neuen Goldankaufgeschäftes am Neuen Markt.

StORR Rennert erläutert, eine spezielle Gestaltungssatzung für Einzelhandelsgeschäfte existiere nicht. Allerdings gebe es Gestaltungsvorschriften in Bebauungsplänen von Denkmalbereichen und außerdem das Verunstaltungsverbot nach dem Bauordnungsrecht. Die Verwaltung werde diesen Sachstand überprüfen.

18./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Sack macht auf die Einladung des CVJM an alle Ratsmitglieder zum Tag der offenen Tür aufmerksam.